5 Pfennig

6 Uhr-Abendblatt

5 Pfennig

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Wölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981. Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Burgstraße 7 in Giebichenstein (Tel. 1403). Verantwortlich für die Redaktion Rudolf Schaller in Halle.

Nummer 153 — Halle, Sonnabend den 9. Juni — 1917

Die deutsche Front in Flandern unerschüttert.

Neue Kämpfe am Kanal Ypern-Comines ohne Vorteil für den Feind. — Unsere Stellungen im Abschnitt von Lens in erbitterten Nachtkämpfen behauptet.

(W.T.B.) Großes Hauptquartier, 9. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Längs der Yser nur streckenweise lebhafte Artillerietätigkeit.

Gegen unsere Stellungen östlich von Wytschaete und Messines richtete sich von Mittag ab wieder starkes Zerstörungsfeuer. Die großen Angriffe erneuerte der Feind unter dem Eindruck der schweren Verluste, welche die durch Gefangene bestätigten zehn Angriffsdivisionen erlitten hatten, tagsüber nicht, nur australische Truppen schickte er zu vergeblichem Vorstoß östlich Messines ins Feuer.

In den Abendstunden entwickelten sich auf beiden Ufern des Kanals Ypern—Comines und in der Donve-Niederung neue Kämpfe, bei denen der Feind keine Vorteile erringen konnte.

Vom La Bassée-Kanal bis zum Sensée-Bach war die Kampftätigkeit abends gleichfalls gesteigert. Nächtliche Vorstöße nordöstlich von Vermelles, südlich von Loos und östlich von Croisilles wurden zurückgewiesen. Starke Kräfte setzte der Feind zu wiederholten Angriffen südwestlich und südlich von Lens ein. In erbitterten Nachtkämpfen schlugen dort auf beiden Ufern des Souchez-Baches sowie zwischen den von Givenchy und Avion und von Bimy auf Mericourt führenden Wegen hessische und schlesische Regimenter den stellenweise in unsere Gräben eingedrungenen Feind durch kräftige Gegenstöße zurück. Die Stellungen sind voll in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuervorbereitung stießen nachts am Chemin-des-Dames, bei Braye und Cerny französische Sturmtruppen vor; sie wurden abgeschlagen.

Das auch in anderen Abschnitten der Aisne- und Champagnefront abends starke Feuer ließ um Mitternacht nach.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Lage ist unverändert.

Von dem

östlichen Kriegsschauplatz

und der

mazedonischen Front

sind außer der üblichen Gefechtstätigkeit keine besonderen Vorkommnisse gemeldet.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Zur Lage bei Ypern.

Berlin, 9. Juni. Zur Lage bei Ypern schreibt die „Voss. Ztg.": Unsere neue Stellung erweist sich als eine Verkürzung der vorherigen Bogenlinie. Die zurückgenommene Front ist etwa 8 Kilometer breit. Die größte Tiefe des englischen Einbruches beträgt etwa 3 Kilometer. Die Engländer geben als Gefangenenzahl 6000 Mann an, worunter sie selbstverständlich alle Verwundeten zählen. Daneben sprechen sie von 20 Geschützen. Allein diese Zahlen beweisen im Vergleich zu den Ergebnissen bei Arras, daß der Angriff bei Ypern noch sehr viel ausgesprochener gescheitert ist, als der Angriff bei Arras in den Ostertagen.

Reichstags-Neuwahlen gleich nach Kriegsende.

Berlin 9. Juni. Gegenüber den mehrfach aufgetauchten Wünschen, die Legislaturperiode des Reichstages auch noch über den Friedensschluß zu verlängern, wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß davon keine Rede sein kann. Schon in einem Reichstagsausschuß sei man übereinstimmend zu der Auffassung gekommen, daß gleich nach Friedensschluß Neuwahlen zum Reichstag zu erfolgen hätten. Auch die Vertreter der Regierung hatten diesen Standpunkt geteilt.

(Berl. Tagebl.)

Zu den Wahlrechtskundgebungen in Budapest.

(T. U.) Budapest, 9. Juni. Der Bürger- und Arbeiterrat für die Wahlreformen veranstaltete gestern nachmittag eine großzügige Kundgebung für das Wahlrecht. Bereits um 2 Uhr wurde in allen Fabriken und anderen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter begaben sich auf die Straße. Sämtliche Geschäftslokale, Kanzleien und Cafés wurden geschlossen. Die Bürgerschaft gab im Verein mit den Arbeitern dem Wunsche für das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht durch die Demonstranten Ausdruck. Unter den Arbeitern herrschte eine wahre Feststimmung; sie sowohl, wie die übrige Bevölkerung, legten ihre Sonntagskleider an, um das Wahlrechtsfest zu feiern. Fast 100 000 Menschen bewegten sich auf den Straßen in einzelnen Gruppen, da die Oberstadthauptmannschaft einen Massenaufzug verboten hatte. Die Geschäftslokale waren mit roten Plakaten versehen, auf denen geschrieben war: Wir wünschen ein Kabinett, das uns vor allem ein geheimes, allgemeines und gleiches Wahlrecht bringt. Auch in den elektrischen Straßenbahnen waren diese Plakate angebracht. Die Demonstranten trugen Abzeichen aus Papier mit dieser Aufschrift. Alle Schichten der Bevölkerung, kaufmännische Verbände, Vereine von Angestellten, Advokaten, Ärzten, Professoren, Lehrern und Ingenieuren, sowie besonders viel Frauen, nahmen an der Wahlrechtskundgebung teil.

Eine Adresse der Demonstranten an Kaiser Karl.

(T. U.) Budapest, 9. Juni. Im Auftrage der Wahlrechtsdemonstranten erschien eine Abordnung mit Franz Szekely an der Spitze bei dem Bürgermeister Barczy, um diesen zu ersuchen, dem Könige die Wünsche des Volkes zu überbringen. Der Demokratenführer Baczonyi überreichte dem Bürgermeister die Adresse der Bürger und Arbeiter an den König, die ausspricht, das Volk wünsche ein Kabinett, das ihm das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht bringe. Ungarns Volk, welches das Vaterland verteidigt hat, ist für diese Rechte reif. Bürgermeister Barczy antwortete: Bürger, ich werde eure Wünsche unserem König mitteilen. Der Königshat Zeugnis dafür abgelegt, daß er die Sicherheit des Throns und Ungarns auf dem Volksrecht basieren will. Damit ha ter den Weg der Demokratie beschritten. Auf diesem Wege begrüßen wir alle, Bürger und Arbeiter, den König. Es werde und es lebe hoch das neue demokratische Ungarn! Diese Worte, die vom Hofe des Stadthauses auf die Straße sich fortpflanzten, erregten unter der dort harrenden Menge große Begeisterung, die sich in lebhaften „Eljen"-Rufen äußerte. Unter den Rufen „Es lebe das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht" zerstreuten sich die Demonstranten in der größten Ordnung, während Barczy zum König in die Burg fuhr.

Angebliche „Sympathien" Hindenburgs.

Kopenhagen, 9. Juni. Der Korrespondent des „Daily Expreß" in Petersburg telegraphiert seinem Blatte, er habe eine Bestätigung der Meldung erhalten, daß Hindenburg in einem an den Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat gerichteten drahtlosen Telegramm seine Sympathie mit einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen und die Bereitschaft Deutschlands zu einem Friedensschluß ausgedrückt habe. (22) (Berl. Tagebl.)

Stauning über die Verhandlungen in Stockholm.

Stockholm, 8. Juni. In einer Unterredung erklärte der als sozialistischer Delegierter hier weilende dänische Minister Stauning: Ich halte die deutschen Verhandlungen für sehr wichtig, da sie von Einfluß auf die englischen und französischen Verhandlungen sein können. Meine Meinung ist, daß die französischen und englischen Delegierten nach Stockholm kommen werden, um mit den skandinavischen und holländischen Komitees zu verhandeln. Eine Konferenz zwischen deutschen und französischen Sozialisten halte ich für ausgeschlossen. Amerika veröffentlicht ganz umsonst seine Friedensziele. Auch sein Krieg ist ein Krieg des Kapitalismus und verzögert den Frieden, anstatt ihn zu beschleunigen. Der zarische Despotismus hat einer demokratischen Regierung Platz gemacht, die aber gewillt ist, die vom Zarismus abgeschlossenen Verträge und Bündnisse einzuhalten, und die bis Ende des Krieges mit der Entente gehen wird. Die Möglichkeit eines Sonderfriedens ist nur dann gegeben, wenn die provisorische Regierung gestürzt wird. Die Konferenz wird keinen Frieden schaffen, aber sie wird den Weg dazu erleichtern. (Berl. Tagebl.)

Englands Interesse an Stockholm.

London, 8. Juni. Im Unterhause erklärte Lord Cecil auf die Frage Bellairs, ob von den Paßinhabern eine schriftliche Verpflichtung verlangt wurde, an keiner Konferenz in Stockholm oder sonstwo teilzunehmen, daß in dieser Hinsicht jede geeignete und vernünftige Vorsichtsmaßnahme getroffen werden würde. Auf eine andere Anfrage sagte Cecil, daß vom Kriegskabinett die Bedingung gestellt worden sei, daß kein mittelbarer oder unmittelbarer Verkehr mit dem Feinde stattfinden dürfe. Was Branting betreffe, so sei er nicht nur ein hochangesehener Staatsmann Schwedens, sondern auch ein Mann, der der Sache der Alliierten keineswegs feindlich gesinnt sei.

Das neue Rußland nicht im Londoner Vertrag.

Bern, 8. Juni. Wie „Petit Parisien" aus London meldet, hat das Unterhausmitglied King den Minister des Äußern gefragt, ob die neue russische Regierung den Beitritt zum Londoner Abkommen erklärt habe. Lord Cecil habe verneint, die Frage sei nicht einmal gestellt worden.

Das Londoner Abkommen vom 4. September 1914 verpflichtete England, Frankreich, Rußland, Japan, Belgien, Serbien und Montenegro nur gemeinschaftlich Frieden zu schließen oder Friedensverhandlungen mit dem Feinde einzuleiten. Später wurden auch Italien und Rumänien in den hierbei ein wenig veränderten Vertrag einbezogen. Amerika, China und die späteren Gegner sind ihm nicht formell beigetreten. Die Erklärung Cecils bekundet ausdrücklich, daß die neue Regierung Rußlands nicht an den Londoner Vertrag gebunden ist, also, von den „moralischen" Hemmungen abgesehen, freie Hand zum Friedensschluß besitzt. (B. Z.)

Eine Friedenskonferenz der Entente?

Karlsruhe, 9. Juni. Der „Secolo" meldet, daß bei den alliierten Mächten eine Einladung der russischen Regierung eingegangen sei zu einer gemeinsamen Konferenz über die Friedensverhandlungen.

Das „Journal des Débats" schreibt: Ribots Erklärungen über Frankreichs Kriegsziele und über das jetzt kommende Ende des Krieges seien mit ausdrücklicher Billigung der verbündeten englischen und italienischen Regierung erfolgt.

Zum Namenstage König Konstantins.

Griechenland vom Sieg der Mittelmächte überzeugt.

(T. U.) Berlin, 9. Juni. Wie der Telegraphenunion nachträglich berichtet wird, wurde der Namenstag König Konstantins von Griechenland am 3. Juni in dem von den Mittelmächten provisorisch besetzten Gebiet sehr feierlich und unter Mitwirkung der bulgarischen militärischen und Zivilbehörden begangen. Als Vertreter der deutschen Regierung nahm Rittm. Frhr. v. Puttkamer an den Feierlichkeiten teil. In dem Festgottesdienste, der unter großer Teilnahme abgehalten wurde, erflehte die Menge die endliche Befreiung Griechenlands von dem auf dem Lande lastenden Druck und allen Segen für den um sein Land besorgten König.

Während in dem von der Entente besetzten Gebiet sich nur derjenige auf der Straße sehen lassen darf, der bereit ist, König Konstantin öffentlich zu beschimpfen, waren hier die Straßen feierlich mit Fahnen in griechischen, bulgarischen, türkischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Farben geschmückt. Die Städte Drama und Cawalla sandten dem König Huldigungstelegramme. Das Volk feierte den Tag in gehobener und feierlicher Stimmung, weil es überzeugt ist, daß der Sieg der Mittelmächte täglich näher rückt. Die schlimmste Not des Volkes ist durch Beschäftigung der vielen Arbeitslosen gelindert worden. Bulgarien hat der Bevölkerung die Grenzen geöffnet und dadurch deren Existenzmöglichkeit gesichert.

Belagerungszustand in Süditalien.

Karlsruhe, 9. Juni. Wie die schweizerischen Blätter berichten, treffen seit 14 Tagen in den schweizerischen Handelshäusern keine Fruchtsendungen aus Süditalien mehr ein. Ferner wird von der italienischen Grenze berichtet, daß über die süditalienischen Provinzen Apulien und Calabrien am 3. Juni der Belagerungszustand verhängt worden ist. (L.-A.)

Heldentod eines österreichischen Fliegers.

Wien, 8. Juni. Den Blättern zufolge hat Fliegeroberleutnant Ernst Freiherr v. Plener, Sohn des Präsidenten des Oberrechnungshofes Freiherrn v. Plener, den Heldentod gefunden.

Französische U-Boot-Sorgen.

Bern, 9. Juni. In der Sitzung der französischen Kammer vom 7., in der über den U-Bootkrieg verhandelt wurde, beschuldigte der Abgeordnete Tissier die Admiralität der Sorglosigkeit angesichts der Tatsache, daß durch den Unterseebootskrieg 1 024 000 Tonnen verloren gegangen seien. Den Zeitpunkt, in dem die Verluste erfolgten, gab der Abgeordnete nicht an. Die Admiralität sei von der neuen Kriegführung vollkommen überrascht worden, hätte für Schlachtkreuzer und Panzerschiffe Kohlen und Menschenleben verschwendet, hätte aber Unterseeboote bauen müssen. Der Abgeordnete Boussenot sagte, durch Vertrauensbrüche von Matrosen wären Abfahrdaten und Bestimmungsort der Schiffe oft bekannt. Es seien zahlreiche Fälle von Versorgung deutscher U-Boote in spanischen Häfen, vermutlich Bilbao, vorgekommen. Die spanische Regierung müsse Sicherheit bieten, daß sich derartige, einer Neutralitätsverletzung gleichkommenden Fälle nicht wiederholten. In der Fortsetzung der Besprechung am Freitag nahm die Kammer schließlich eine Vertrauens-Tagesordnung an, die die Erwartung ausspricht, daß die Regierung rasch alle Maßnahmen gegen den U-Boot-Krieg anwenden werde.

Genf, 9. Juni. Marineminister Lacaze zeigte laut Berichten Lyoner Blätter während seiner gestrigen Kammerrede besondere Erregung. Mit Entrüstung wies er die Ausstreuungen zurück, daß zwischen den französischen Seeoffizieren und den ihrer eigenen Initiative überlassenen Mannschaften Unstimmigkeiten herrschten. Deschanel fühlte sich veranlaßt, beschwichtigend zu bemerken, daß solche Ausstreuungen nicht von Volksvertretern stammen könnten. [Kor.-Ang.]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191706092/fragment/page=0001

Die Deutschen in Brasilien.

Von O. Sperber.

(Nachdruck verboten.)

Die Woge der Mißgunst und des Hasses, die von Deutschlands Feinden gegen alles was deutsch ist, in Bewegung gesetzt wurde, scheint in Brasilien besonders hoch geschlagen zu sein. Sein die Vereinigten Staaten von Amerika sich offen auf die Seite der Feinde Deutschlands gestellt haben, wurde von dieser Seite aus alles versucht, auch die latein-amerikanischen Republiken gegen Deutschland aufzuwiegeln. Die finanziell schwächsten Staaten, die in völliger Abhängigkeit zu Nordamerika stehen, haben sich daher auch gezwungen, den Wünschen der großen Schwesterrepublik im Norden zu entsprechen oder selbst an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gedrängt zu werden. Dazu zählt auch Brasilien.

Der Boden für eine erfolgreiche deutsch-feindliche Hetze war in Brasilien schon Jahre vorher eifrig bestellt worden. Während des Krieges sorgten gutbezahlte deutsch-feindliche Propagandisten italienischer und portugiesischer Geburt in Brasilien dafür, daß im gebildeten Mittelstande und in weiteren Volksschichten das Gift in Deutschland Partei ergriff. Die bisher, besonders aus Süd-Brasilien gemeldeten öffentlichen Kundgebungen und Ausschreitungen gegen die dort lebenden Deutschen und Deutsch-Brasilianer, sind zwar ohne weiteres für jeden Kenner der Verhältnisse als grobe Uebertreibungen und Entstellungen kenntlich. Das hindert aber nicht, daß, wenn auch nicht ein gefährliches Unwetter, so doch viel Ungemach gegen das Vollwerk unseres Auslands-Deutschtums in Süd-Brasilien heraufzieht. Leider hat man sich in der breiten Masse des deutschen Volkes bis auf den heutigen Tag nur sehr vage Vorstellungen gemacht von der segensreichen Kulturarbeit der deutschen Ansiedler in Süd-Brasilien und von deren hoher Bedeutung für den deutschen Außenhandel und die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Ihn harten Kampf ums Dasein wurde vielen Schollen der südamerikanischen Erde neue Frucht abgerungen, die dem südamerikanischen Handel mit Deutschland neue Wege gebahnt und nicht zum letzten zur immer größeren, machtvolleren Entwicklung des deutschen Außenhandels beigetragen haben. Der Wert der Auslandsdeutschen als Pioniere deutscher Kultur und des deutschen Handels ist bisher allgemein in Deutschland viel zu wenig beachtet und anerkannt worden. Nach Friedensschluß aber wird man zweifellos unter den heute völlig veränderten Verhältnissen den großen Wert der Auslandsdeutschen sehr schnell und richtig einschätzen lernen. Nur durch die Haltung eines kräftigen Auslandsdeutschtum wird es den deutschen Außenhandel nach dem Kriege überhaupt erst ermöglicht werden, sofort wieder wettbewerbstätig auftreten zu können.

Das Deutschtum in Süd-Brasilien ist aber noch darum von besonderer Bedeutung, weil es sich um ein längst dort bodenständig gewordenes Reis des deutschen Stammes handelt, das, wenn auch ohne politische Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche, doch vom kulturell-zivilisatorischen Standpunkte aus betrachtet, für Deutschland grünt und gedeiht. Rund 400 000 Stammesbrüder zählen wir dort, die sich auf folgende Staaten verteilen:

Rio Grande do Sul	200 000
Santa Catharina	80 000
Parana	25 000
Sao Paulo	35 000
Rio de Janeiro mit Hauptstadt	30 000
Espirito Santo	20 000
Bahia	3 000
Minas Geraes	7 000
insgesamt	400 000

Die Entwicklung der deutschen Ansiedlungen beschränkt sich in der Hauptsache auf die drei erstgenannten Staaten. Zu den ältesten gehört die im Jahre 1818 gegründete Kolonie Santa Leopoldina, die allerdings erst durch die Gründung von Sao Leopoldo 1824 eine größere Bedeutung erhielt. Das weiterhin wurden im Jahre 1849 im Staate Rio Grande do Sul folgende Kolonien ins Leben gerufen:

Santa Cruz	mit rund	6 320	Deutschen
Sao Laurenco	„ „	6 280	„
Novo Petropolis	„ „	3 350	„
Porto Alegre	„ „	10 000	„

Heute zählen die in Rio Grande do Sul angelegten 65 deutschen Ansiedlungen rund 200 000 Deutsche, gegenüber aus einer Einwanderungszahl von höchstens 25 000 Siedlern.

In dem im Norden angrenzenden Staate Santa Catharina zählte man 1902 rund 150 000 deutsche Ansiedler. In diesem Staate wurden von dem Hamburger Kolonisationsverein 1851 die Kolonie Dona Francisca angelegt mit jetzt 10 000 und Blumenau mit etwa 30 000 meist deutschen Einwohnern.

Was diese deutschen Ansiedler in ihrer neuen Heimat für eine gewaltige Kulturarbeit geleistet haben, kann nur der ganz ermessen, der aus eigener Anschauung und Erfahrung weiß, was es heißt, üppig wuchernde tropischen und subtropischen Urwald in nutzbare Gefilde zu verwandeln. Ebenso muß man den Vorkämpfer des deutschen Handels, den brasilianischen „Mustertreiter" bei der Ausübung seines schweren Berufs gesehen haben, um den Wert seiner Arbeit richtig einzuschätzen. Auf halsbrecherischen Saumpfaden, auf Urwaldswegen, die Maroktaassen gleichen, zieht der brasilianische Mustertreiter mit den Mustern der neuesten deutschen Fabrikate monatelang von Kolonie zu Kolonie, um wieder neue Absatzmärkte für die deutschen Industrie-Erzeugnisse zu gewinnen.

Daß nun diese arbeitsamen und fürsinnen Kulturpioniere deutscher Abstammung heute von ihren brasilianischen Mitbürgern, lediglich ob ihrer deutschen Abstammung, so schnöde behandelt und verfolgt werden, ist eben auch nur aus dem Neid und der Mißgunst auf deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit zu erklären. Als England, Frankreich und auch Nordamerika erkennen mußten, daß die deutschen Ansiedler die besten und brauchbarsten Vorkämpfer des deutschen Handels waren, beschuldigte man sie, wie auch Deutschland selbst, daß beide Sonderpläne verfolgten. Süd-Brasilien sollte deutsch werden, hieß es, und flugs entwarfen die Neider und Feinde den Brasilianern ein schreckliches Bild von der deutschen Gefahr. Leider lieferten dazu manche Uebertreibungen in der Heimat unsern Feinden viel brauchbares Material.

Trotzdem aber dürfen die Deutschenereien in Brasilien nicht allzu tragisch genommen werden. Der Sturm wird sich mit dem Kriege oder wohl schon dann austoben, wenn das siegreiche Vordringen der deutschen Truppen erst in seinem ganzen großen Umfange in jenen Ländern bekannt und Gemeingut aller geworden ist. Viel größer, aber ist die Gefahr, daß gewissene brasilianische Politiker sich als Führer der politisch durchaus ungeschulten und unerfahrenen Deutsch-Brasilianer aufwerfen, um den heimlich gehegten Plan durchzuführen, die drei Südstaaten Brasiliens mit Hilfe deutscher Kolonistenfänger von den übrigen Brasilien frei und zu einem selbständigen Staatswesen zu machen. Dann könnte sich leicht ein sehr blutiger Bürgerkrieg zwischen Nord- und Süd-Brasilien entwickeln, der leider viel deutsches Kolonistenblut unnütz kosten würde. Denn der so neu gegründete Staat würde sich wirtschaftlich nur sehr schwer entwickeln können, da seine Bedürfnisse ihn immer wieder zu dem übrigen Brasilien zurückführen müssen. Jahrelange Kämpfe würden dem neuen Staatswesen bevorstehen, ehe es sich seine Rechte und Unabhängigkeit erkämpft hätte. Die Gefahr ist aber doppelt groß, weil das angrenzende Uruguay, Paraguay und Argentinien Sonderpläne der brasilianischen Politiker in dieser Hinsicht fördern würden, um das ihnen so mächtige Brasilien nach Möglichkeit zu schwächen und um andererseits selbst sich eine günstige Gelegenheit zu späteren Raubzügen und Erweiterungen ihrer Grenzen zu schaffen. Diese Gefahren sind der brasilianischen Bundesregierung sehr wohl bekannt, und es ist daher zu erwarten, daß sie selbst nach rechtzeitig vorbeugen wird, ehe die Hetzereien zu weit gehen und das eigene Haus dadurch in Brand gerät.

Die Ruinen des Klosters Monte Santo auf d. gleichnamigen Berg bei Görz.

Freiheit und Fortschritt in Deutschland und bei den Feinden.

Die vermeintlich wirksamste der Lügen, mit der die Feinde eine Art Kreuzzug gegen uns zu führen suchen, ist auch ihre ärgste: die Lüge, daß sie für Freiheit und Fortschritt als deren berufene Vertreter gegen Deutschland als die Stätte der Unfreiheit und Rückständigkeit kämpfen und das deutsche Volk von seinen Sklavenketten erlösen wollen. Auf diese Lüge haben sie sich nach dem Zutritt des Wilsonischen Amerika geeinigt. Sie ist ihre gemeinsame Kriegslosung. Diese mußte, zumal da sie so unglaublich viele sich zu eigen machen, überwältigend wirksam sein, wenn sie als zugkräftig das deutsche Volk entfremden konnte. Aber das deutsche Volk weiß doch selber nur zu gut, wieviel es seinem Staate dankt und was es zu verlieren hätte, wenn es mit der Freiheit und dem Fortschritt seiner Feinde beglückt würde.

Unser Reichstagspräsident, Dr. Kämpf, hat in der Ansprache, mit der er im Namen der deutschen Volksvertretung auf Wilsons Kriegsbotschaft antwortete, sich darauf berufen, daß der Deutsche Reichstag durch das freieste, Wahlrecht gewählt sei, und daß Präsident Wilson auf Granit beiß, wenn er sich dem deutschen Volke als Vorkämpfer von Freiheit und Fortschritt empfehle, um Zwietracht in Deutschland zu säen. Präsident Wilson selber ist nur scheinbar aus Volkswahlen hervorgegangen. Diese sind lediglich das Ergebnis von Machtproben auf die Größe und gewissenlose Verwendung der Meinungsmittel, die brüben die Parteien für ihre Wahlschlachten opfern. In der Republik Frankreich ferner ist das Wahlrecht weit beschränkter als in Deutschland, und daß in England in dem neuen seiner angeblich vorbildlichen Freiheit wiedererbauten, auch heute noch nur die Hälfte der Arbeiter das Wahlrecht besitzt, hat soeben wieder einmal ein sozialdemokratischer Führer unterstrichen. Deutschland hat nicht nur das freiheitlichste Wahlrecht: es ist auch mit seiner Volksbildung und Volkswohlfahrt das fortschrittreiste Land der Erde. Nicht ein einziges der feindlichen Völker kann sich auch nur annähernd mit der unfaßbaren Volksfürsorge messen, die Deutschland in geistiger und sittlicher, in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht bietet. Erst der deutsche Staat hat die echt christliche Pflicht des Schutzes und der Pflege der hilfsbedürftigen breiten Volksschichten zum Grundsatze erhoben und in durchreifend durchgeführt, daß ein nur Teil seiner heutigen Kriegsstärke auf dieser gründlichen Pflichterfüllung beruht. Demgegenüber sind Frankreich u. England rückständige Staaten. Sie wären noch weit rückständiger, wenn die deutsche Sozialpolitik sie nicht einigermaßen zur Nachfolge gezwungen hätte. Nordamerika aber kann die Bevölkerung von der „Verseelenung" der Arbeitermassen noch immer für sich beanspruchen.

Frankreich und die Vereinigten Staaten von Amerika sind Republiken. Auch England ist in Wirklichkeit kaum etwas anderes, da seine Monarchie nur ein Form. ein Mitter, ein Schein ist. Republiken sollen angeblich die Bürgschaft gewähren, daß in ihnen der Volkswille zur vollen Geltung gelangt. Aber weder in Frankreich, noch in England, noch in Amerika regiert das Volk: über die Regierung verfügt dort eine der Zahl nach verschwindend kleine, aber nach dem Einfluß ihres Reichtums allmächtige Minderheit weniger Geld- und Geschäftsleute. Noch immer in der Welt aber hat sich die Geldaschherrschaft als die freiheitwidrigste, fortschrittfeindlichste, sittlich verwerflichste Herrschaft erwiesen. Ein Pariser Blatt, die „Republique Française", kennzeichnete kurz vor dem Kriege das Wesen und Wirken der Republik Frankreich mit den Worten: „erdrückende Steuern, wahnsinnige Vergeudung, schamlose Günstlingswirtschaft, Bestechlichkeit, Angeberei!" In England regiert die Allgewalt eines nimmersatten Großkapitalismus, die im anzeigsächsischen Bruderstaate jenseits des Ozeans am grausamsten und greulichsten zur Erscheinung kommt.

Das Bewußtsein, daß das deutsche Vaterland ein Land der Volksfreiheit und des Fortschritts ist, daß der deutsche Staat am sichersten Ordnung und Recht, Gesittung und Wohlstand gewährleistet, stählt den deutschen Kampf- und Siegeswillen. Der deutsche Sieg ist der Sieg der Freiheit und des Fortschritts.

Frankreichs letzte Hoffnung.

Eine neue Jungfrau von Orleans.

Der Wunderglaube treibt in Frankreich jetzt, in den Zeiten der höchsten Not, die seinen Blüten er, muß die sinkende Hoffnung auf den Sieg aufrechterhalten, auch da, wo alle Möglichkeiten einer Verwirklichung geschwunden sind, und so setzt man denn in manchen Kreisen Frankreichs heute die letzte Karte auf eine neue Jungfrau von Orléans. Daß ein solches Helden- und Wundermädchen bereits gefunden ist, geht aus einem Brief hervor, den ein Kriegsgefangener von einer gebildeten Dame aus Talence (Gironde) erhalten hat. Die Dame schreibt: „Freut Euch! Noch drei Monate Geduld, und Ihr werdet befreit sein; ich habe die sichere Hoffnung. Wir haben nicht nur das Vertrauen auf unsere Soldaten, sondern seit einigen Monaten regt sich außerordentliches Ereignis unser: ganze westliche Gegend in höchstem Maße auf und gibt dem Herzen der gläubigen Leute eine große Hoffnung. Es scheint, daß der liebe Gott endlich unsere Bitten erhört hat und sichtbar in unsere Angelegenheiten eingreifen wird. Dieses mal scheint es, daß das heilige Herz selbst in eigener Person einzureisen will. Ein junges Mädchen von 20 Jahren, Claire Fichaud, dem Eltern Bauern in der Bendée sind, hat Offenbarungen des heiligen Herzens erhalten; dieses hat ihr aufgegeben, eine Mission zu erfüllen. Sie wurde von vielen Geistlichen, auch von Bischof von Poitiers, geprüft, und es scheint, daß ihre Offenbarungen von Gott kommen. Auf alle Fälle beschäftigen sich die Geistlichen viel damit und nehmen für das Mädchen Partei. Den eigentlichen Zweck der Mission kennt man nicht, da strengstes Stillschweigen gewahrt wird. Auf alle Fälle geht sie Frankreich und die Religion an. Seit dem 28. Februar ist das Mädchen in Paris in einem Kloster, und man sagt, die Mission habe begonnen. Das ganze Land spricht davon, und die verschiedenen Gerüchte gehen um. Ich kenne eine Dame, die aus demselben Land, wie jene, stammt; sie hat sie besucht und schrieb uns am 13. Januar: „Binnen kurzem werdet Ihr große Ereignisse erleben, die das Ende des Krieges herbeiführen werden. Habt daher wie ich großes Vertrauen auf den Erfolg Frankreichs!" In Wahrheit, wir erleben eben außerordentliche Ereignisse, und sicherlich ist das Kriegsende nahe. Dieselbe Dame schrieb uns am 2. März: „Ich habe mit von Claire Fichaud verabschiedet, denn sie ist nach Paris abgereist, um ihre große Aufgabe zu erfüllen. Sie sagte mir nur ein Wort, das mir große Freude bereitete: „Der Krieg wird im Monat Juni beendet sein." Das wollte ich Ihnen mitteilen. Ich glaube, was das junge Mädchen sagt, denn es scheint mir, daß Gott selbst sie inspiriert. Habt alle großes Vertrauen! Wir hatten noch niemals soviel Aussicht auf den Erfolg, und das ganze Land glaubt an ein sehr nahes Ende des Krieges."

Aus den preußischen Akten in Grodno.

KB. Unter den in Grodno entdeckten Vorschriften, die von der preußischen Regierung während der zehn Jahre langen Zugehörigkeit der polnischen Provinzen zu Preußen (1795—1806) erlassen worden sind, fesselt eine vornehmlich, die so lautet: „Von der Verschwiegenheit der Offizianten im Dienst." „Offizianten" war der damalige Ausdruck für die Beamten. Es ist recht unterhaltend, in den Akten den Instanzenweg zu verfolgen, den die Verfügungen zu jener Zeit nehmen mußten. Er war nicht kürzer als heute und dauerte natürlich bei der schlechteren „Kommunikation" viel länger. Aus der Dringlichkeit der besagten Verfügung, die mehrfach wiederholt werden mußte, geht hervor, wie nötig es war, die Beamten zur Verschwiegenheit anzuhalten. Besonders die „Streis-Ausreiter", wie man damals mit einem vortrefflichen deutschen Wort die „Gleichsharmen" nannte, werden ermahnt, ihre Zunge im Zaum zu halten.

Unermüdlich drang vor allem der Freiherr vom Stein, der das neuostpreußische Gebiet selbst bereist und beobachtet hatte, darauf, daß man möglichst tüchtige Beamte in die neuen Provinzen Preußens schicke. Als Rheinländer sah er sofort, daß der polnischen Kern der Bevölkerung mehr mit Liebenswürdigkeit als mit Strenge beizukommen war. „Ich möchte lauter gewandte Diplomaten als Offizianten nach Polen senden", äußerte er in einem seiner Reskripte an den König. Leider war daran auch damals kein Ueberfluß in Preußen. Schließlich setzte Stein es wenigstens durch, daß möglichst viele katholische Beamte nach Polen versetzt wurden, die dem starken religiösen Sinn der Bevölkerung Verständnis entgegenbrachten.

Hübsch ist auch eine Verfügung, in der die preußischen Beamten angehalten werden, es nicht an Verschwendungsucht mit den polnischen Großen anfnehmen zu wollen, eine Verfügung, die einem bei den Knappen Gehältern, die damals gezahlt wurden, kaum nötig erscheint. Höchst bemerkenswert sind ferner die Anordnungen, in denen man die Beamten anhält, die gemischte Bevölkerung der neuen preußischen Provinzen vollkommen gleich und unterschiedslos gut zu behandeln. Die jüdische Bevölkerung Polens verdankt die Gewährung von Rechten, wie z. B. die Zulassung als Stadtverordnete, ebenso wie die Aufhebung der für sie drückendsten Bestimmungen, wie z. B. die des Zusammenwohnens in einem Viertel (Ghetto), der alten Preußenzeit, woran man sie bei gelegentlichen Abstimmungen heute nicht laut genug erinnern kann.

Der Ton der Verordnungen aus jener Zeit ist teils auf eine uns gottlob fremd gewordene Unterwürfigkeit gestimmt. „Mit tiefster Ehrerbietung" oder „mit profundestem Respekt" werden die allergnädigsten Entschließungen entgegengenommen oder die gehorsamsten Vorschläge gemacht. Teils haben jene Verfügungen in ihrer Form etwas Treuherziges, deutsch Mittelalterliches beibehalten. So beginnt beispielsweise eine von ihnen: „Unsern gnädigen Gruß zuvor! Beste liebe getreue und gelahrte Räthe!"

Jedenfalls endet die Beschäftigung mit der Geschichte des kurzen Jahrzehntes, während dessen der größte Teil Polens preußisch war, für den Forscher jedes Mal wieder mit einem Gefühl, das wir gegen uns so kritisch gesonnenen Deutschen selbst erbentlich schwerfallen, mit einem Gefühl „profundesten Respekts" vor der damaligen Verwaltung Preußens.

Die russischen Bauern und der Krieg.

Der Sonderberichterstatter Paul Erio schreibt im Pariser „Journal" vom 24. Mai aus Petersburg: Petersburg ist augenblicklich umwälzerfüllt die Stadt, wo man am meisten diskutiert. Unaufhörlich vernehmt sich die Zahl der Kundgebungen von Soldaten, Gewerbetreibenden, Offizieren, Seeleuten, Bauern, der Versammlungen über den Frieden oder den Krieg, der unerwarteten Genossenschaftsversammlungen und der Sitzungen der verschiedenen sozialistischen Fraktionen. So hat man sich seit einigen Wochen in leeren Worten erschöpft. Immerhin befindet sich unter den augenblicklich in Petersburg versammelten Konferenzen einer, auf dem man sich ganz besonders beschäftigen muß. Es ist der Bauern-Kongreß, der im Volkshause etwa 800 Vertreter aus allen Gegenden Rußlands vereinigt. Die Beschlüsse, die dieser Kongreß im Namen des ungeheuren, nicht weniger als 120 Millionen Menschen zählenden „Heeres der Erdscholle" fassen wird, werden außerordentlich wichtig sein.

Die von den Bauernvertretern, vorläufig allerdings nur schüchtern an den Tag gelegten Bestrebungen kommen nicht unerwartet. Seit der Revolution haben die Bauern, besser vielleicht als die nächtlichen Arbeiter, es begriffen, welche Rolle sie in der neuen Republik zu spielen bestimmt sind, und wenn in einigen Gouvernements Agrarunruhen vorfielen, so bedeuten diese — häufig auf eigennützige Interessen zurückzuführenden — Aufstände nur Ausnahmen. Dagegen leisteten die Bauern an sehr vielen Orten eifrigst der Mahnung Gehör, welche die provisorische Regierung an sie richtete, um der Lebensmittelkrisis abzuhelfen. Sie ermunterten sich untereinander zu dem Zwecke des Getreides, daß sie vor den Nachsuchungen der gestürzten Regierung verborgen gehalten hatten, so schnell wie möglich an die großen Sammelstellen gelangen zu lassen. Sie schenkten dem Heere bedeutende Getreidevorräte, sie zeichneten die neue Anleihe, und sie machen fortwährend eine in den Städten unbekannte Jagd auf Fahnenflüchtige, die sie zu den Bahnhöfen bringen und zur Rückkehr an die Front zwingen.

Ihre Kongreßvertreter scheinen diese Stimmungen zu teilen. Der Klassenkampf läßt sie kalt. Vorläufig haben sie keinen anderen Ehrgeiz, als daß der ihnen versprochene Boden unter ihnen aufgeteilt werde, und sie haben es erfaßt, daß diese Aufteilung nur geschehen wird, wenn die Armee der Demokratie über die Monarchie triumphiert. Ihre Mißwirkung scheint also denen gesichert, die sie zu solchem Zwecke von ihnen erbitten wer. n. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Regelung der Ernährung und des Transports bereits verbessert werden konnte. Sie haben versprochen, bei den Agrarunruhen zu vermitteln. Sie sind in der Lage, der provisorischen Regierung jede Unterstützung, deren sie bedürfen wird, zu leisten.

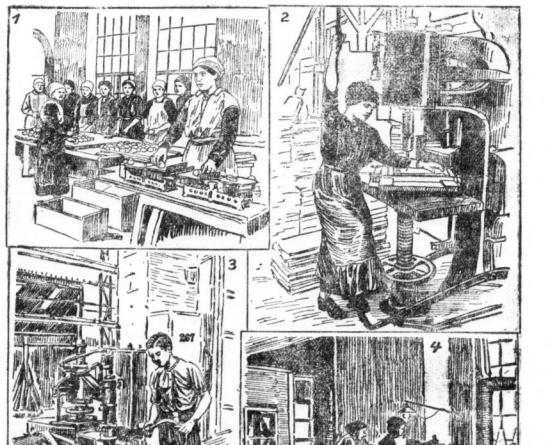
Kriegshumor.

Der Stadtreisende Levy kehrt leicht verwundet von der Front heim. Er hat für seinen Schneid im Handgranatenkampf das Eiserne Kreuz bekommen und stellt sich seinem Chef damit vor. „Freut mich, lieber Levy. Sie wiederzusehen", sagt der Chef zu ihm, „und gratuliere Ihnen zum Eisernen Kreuz. Ihr Bruno hat mich nicht gewundert. Sie waren ja schon im Frieden ein großer Schleuderer."

(„Simplizissimus".)

Müller: „Siehste, ick ha' et doch immer jesagt, der noch dem Kriege die freie Liebe inführt wird." — Schultze: „Mama, wieso denn?" — Müller: „Na, haste denn nich jelesen im Reichsanz?" — Schultze: „Nee, wat denn?" — Müller: „Na, et soll doch nu de „Verhältniswahl" inejführt werden."

(„Kladderadatsch.")



Handgranatenfabrikation in einer großen deutschen Munitionsfabrik.
1. Drehen und Abwiegen der Eierhandgranaten. 2. Herstellung der Versandkasten. 3. Entstaubung gegossener Handgranaten mittels Luftpumpe. 4. Chemische Untersuchung von Metallteilchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191706092/fragment/page=0002